



BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Wahlkreis Tübingen, Fraktion GRÜNE

Boris Palmer MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

70173 STUTTGART
Konrad-Adenauer-Str. 12
Telefon (0711) 20 63-691
Telefax (0711) 20 63-660
boris.palmer@gruene.de
www.boris-palmer.de

72072 TÜBINGEN
Aixer Straße 66
Telefon (0 70 71) 88 80 86

Tübingen, den 29. November 2005

Waldorfschulen nicht länger aushungern

Palmer kritisiert geplante Streichung der Absetzbarkeit von Schulgeld und fordert höhere Landesförderung

Die große Koalition in Berlin plant im Rahmen des Subventionsabbaus, die steuerliche Abzugsfähigkeit von Schulgeldzahlungen vollständig zu streichen. Der grüne Landtagsabgeordnete Boris Palmer, der selbst eine Waldorfschule besucht hat, kritisiert die Pläne der Regierung: „Schon heute müssen Eltern im Schnitt 230€ pro Familie für den Besuch der Tübinger Waldorfschule bezahlen. So lange die freien Schulen auf Schulgeld angewiesen sind, weil die Länder ihnen nur 70% der Kosten ersetzen, darf der Steuervorteil nicht wegfallen. Sonst können sich viele Eltern den Schulbesuch ihrer Kinder irgendwann nicht mehr leisten.“

Bei einem unterstellten Grenzsteuersatz von 35% und einem Nettoeinkommen von 30.000€ würde eine Familie mit zwei Kindern durch die Pläne der Koalition wie bisher 4000€ Schulgeld jährlich bezahlen und einen Steuervorteil von etwa 400€ verlieren. Der Schulbesuch der Kinder würde sich also um weitere 10% verteuern.

Palmer appellierte an die Koalitionsabgeordneten Herta Däubler-Gmelin und Annette Widmann-Mauz, sich gegen das Vorhaben zur Streichung der bisher gewährten 30%-Absetzbarkeit des Schulgelds zu stellen: „Das Bundesfinanzministerium hat schon vor drei Jahren versucht, den Steuervorteil für Schulgeldzahlungen zu streichen. Damals ist dies am Widerstand vor allem der baden-württembergischen Grünen-Abgeordneten gescheitert. Nirgendwo gibt es so viele Waldorfschulen wie in Baden-Württemberg. Ich hoffe sehr, dass die Kolleginnen im Bundestag sich für sie einsetzen.“

In der für morgen (Mittwoch) vorgesehenen Beratung des Landeshaushalts 2006 haben die Grünen im Landtag einen Antrag eingebracht, die Zuschüsse an freie Schulen im Land um 6,2 Mio. € zu erhöhen. Hintergrund ist ein Urteil, nach dem das Land verpflichtet ist, den freien Schulen mindestens 80% der Kosten eines Schülers im staatlichen Schulwesen zu ersetzen. Derzeit beträgt die Quote nur 70% und die Landesregierung plant, die Zuschüsse für die freien Schulen im Haushalt 2006 sogar um 1,2 Mio. € zu kürzen. Diese Kürzung, die mit ausgebliebenen Gehaltssteigerungen für Lehrerinnen und Lehrer begründet wird, halten die Grünen im Land angesichts der Unterfinanzierung für unvertretbar. Stattdessen wollen sie einen ersten Schritt hin zur 80%-Förderung machen. Zur Gegenfinanzierung sehen die Grünen einen Verzicht der im Haushalt 2006 vorgesehenen Erhöhung der Mittel für den Landesstraßenbau um 17 Mio. € vor.

Palmer: „Wir wollen lieber in Köpfe als in unnötige Straßen investieren. Die Landesregierung verspricht den freien Schulen seit vielen Jahren eine Erhöhung der Förderung und redet sich immer wieder mit Geldmangel heraus. Damit muss jetzt Schluss sein. Eine weitere Kürzung der Mittel für freie Schulen ist angesichts der bestehenden Unterfinanzierung eine Frechheit.“